

**Privatdozent Dr. Dr. Armin Steinbach, LL.M.
Ministerialrat**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststr. 34-37
D-10115 Berlin
armin.steinbach@bmwi.bund.de

Im Wintersemester 2019/2020 biete ich ein Proseminar zu folgendem Thema an:

Aktuelle Rechtsfragen der deutschen und europäischen Politik

Das Seminar wird als Blockveranstaltung stattfinden. Teilnahmevoraussetzung ist die Übernahme eines Themas in Form einer schriftlichen Arbeit und eines mündlichen Vortrags. Das Seminar widmet sich dem Themenkomplex „Aktuelle Rechtsfragen der deutschen und europäischen Politik“. Die Themenverteilung erfolgt aufgrund der Präferenzen der TeilnehmerInnen und im Nachgang zu einer Vorbesprechung nach Anmeldung zum Proseminar.

Mit dem Proseminar werden die zur Anfertigung einer Seminararbeit und deren Präsentation in einem Vortrag erforderlichen Fertigkeiten vermittelt und anhand einer kleineren schriftlichen Proseminararbeit (bis zu 15 Seiten) und einem mündlichen Referat mit anschließender Diskussion eingeübt. Über die erfolgreiche Teilnahme (Erbringung von Proseminararbeit und Referat) wird eine unbenotete Bescheinigung ausgestellt (§ 6 Abs. 4 Satz 2 StO 2015, § 4 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 SPB-PO 2015). Die Teilnahme an dem Proseminar steht allen Studierenden offen, die die Zwischenprüfung bestanden haben. Für diejenigen, die nach der Studien- und Prüfungsordnung 2015 studieren, sind das Proseminar und die Leistungsnachweise aus den Übungen für Fortgeschrittene Zulassungsvoraussetzung für die Teilnahme an der Seminarleistung im Schwerpunktbereich.

Themenliste:

1. Meinungsbildungsmonopole: Rechte und Pflichten von YouTubern, Bloggern und Influencern
2. Strache-Video und Meinungsfreiheit: Der grundrechtliche Schutz der Veröffentlichung rechtswidrig erlangter Informationen
3. Enteignungen als Mittel der Wohnraumpolitik
4. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz
5. Grundrechtsentzug gegen Rechtsextremisten?
6. Kirchliche Selbstbestimmung und deutsche Verfassungsidentität: Der Fall „Egenberger“
7. Maut-Systeme und ihre europarechtliche Behandlung
8. Die Flüchtlingskrise aus verfassungsrechtlicher Perspektive
9. Die Flüchtlingskrise aus europa- und völkerrechtlicher Perspektive
10. Das Vertragsverletzungsverfahren zur Rechtstaatlichkeit in der EU
11. Das EuGH-Urteil zur Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
12. Der Brexit aus europarechtlicher Sicht
13. Völkerrechtliche Implikationen eines No-Deal Brexit
14. CETA, Investitionsgerichte und ihre europarechtliche Vereinbarkeit (Gutachtenverfahren 1/17)
15. Die Krisenpolitik der Europäischen Zentralbank